



Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Ihnen heute die neueste Ausgabe von „Kreisinfo – Informationen der CDU-Fraktion im Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg“ präsentieren zu können. Beim Lesen werden Sie feststellen, dass die Aktivitäten der CDU-Kreistagsfraktion wieder beachtlich waren.

Ganz besonders freut mich, dass unsere Parteifreundin Dr. Astrid Mannes nun nicht mehr nur Mitglied des Kreistages ist, sondern auch Mitglied des Deutschen Bundestages. Herzlichen Glückwunsch liebe Astrid! Der Gewinn des Direktmandates ist ein Zeichen, wie sehr die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit der CDU auch hier in unserem Kreistag schätzen. Auch dass Alexander Kreißl zum neuen CDU-Bürgermeister in Seeheim-Jugendheim gewählt wurde, ist ein klares Zeichen, dass wir im LadaDi im Aufwind sind. Unser klares Profil als harte Oppositionspartei gepaart mit guter inhaltlicher Arbeit zeigt Früchte. Ich bin optimistisch, dass wir in eine gute Zukunft blicken können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen guten Start in den Frühling und genießen Sie die ersten warmen sonnigen Tage.

Ihr Lutz Köhler
Fraktions-
vorsitzender



Bericht des Fraktionsvorsitzenden zum Kreisparteitag

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

nach der Kommunalwahl 2016 hat die CDU-Kreistagsfraktion schnell Tritt gefasst und den Druck auf die Rot-Grün-Gelbe Koalition erhöht. Schließlich haben die Wählerinnen und Wähler in aller Deutlichkeit Rot-Grün das Vertrauen entzogen. Als einzige politische Alternative im Kreistag werden wir auch medial immer besser wahrgenommen. Die übrigen Oppositionsparteien spielen eigentlich keine Rolle. Politische Akzente setzt nur die Union, während der Wahlgewinner AfD sich in personellen Querelen verzettelt und keine politischen Themen setzt.

Gerade bei den Inhalten haben wir viel Profil gewonnen. Unser selbsternannter „Gesundheitsexperte“ in seiner Funktion als Landrat zeigt den Bürgerinnen und Bürgern von Tag zu Tag, dass sein Modell der fachärztlichen MVZ's (Medizinische Versorgungszentren) weder dem Kreiskrankenhaus noch der MVZ GmbH nutzt. Die MVZ GmbH ist von Pleiten, Pech und Pannen durchzogen. Sei es die von uns aufgezeigte Finanzierungslücke, welche nach unserer Auffassung zu Unrecht durch das Kreiskrankenhaus gedeckt wurde oder seien es die immer stärker steigenden Verluste, welche alle Kommunen durch die Kreisumlage decken müssen. Dies gilt auch für Verluste, welche im Kreiskrankenhaus entstehen. Weitere Pleiten, Pech und Pannen werden uns wahrscheinlich auch in Zukunft beim Kreiskrankenhaus erwarten. Denn ein Plan für eine erfolgreiche Ausrichtung fehlt. Alle angeblichen „Profit Center“, welche unter Landrat Schellhaas im Kreiskrankenhaus eingeführt wurden, haben bisher zu nichts geführt als zu noch höheren Verlusten.

Auch in der Haushaltspolitik ist Verantwortunglosigkeit und der fehlende Wille zum Sparen das Leitmotiv von der Ampel-Koalition. Gerade die Kreisfinanzen und der ungezügelter Personalaufwuchs im Landratsamt (mehr dazu finden Sie im Artikel auf Seite 3), für welche Landrat Schellhaas der zuständige Dezernent ist, zeigen, dass unser Landkreis noch nie so schlecht regiert wurde, wie unter diesem Landrat und dieser Koalition. Statt, wie von uns beantragt, im Kreishaushalt zu sparen und dadurch die 23 Städte und Gemeinden des Landkreises durch die Senkung der Kreisumlage mitprofitieren zu lassen, verweigert man sich jedem Reformvorschlag.

Derzeit befindet sich der neue Schulentwicklungsplan in der Aufstellung. Wir werden in den nächsten Wochen zeigen, dass die Union andere Vorstellungen von einer guten Schulpolitik für unseren Landkreis als der Schuldezernent Christel Fleischmann hat. Wir brauchen keine grün ideologisierte Schulpolitik. Wir brauchen Vielfalt und eine Schullandschaft, die allen Schülerinnen und Schülern die jeweils besten Fördermöglichkeiten für ihre Bedürfnisse und Ziele ermöglicht. Bildungspolitik darf im Zweifel auch nicht an Stadtgrenzen halt machen. Mit einer pragmatischen Herangehensweise und weniger Sturheit wäre auch ein gemeinsamer Schulentwicklungsplan möglich. Selbst dies ist dem Schuldezernenten nicht geglückt. Besonders bedauerlich ist, wenn man mit Argumenten der „Alt-68er“ nun die Förderschulen in unserem Landkreis kaputt machen will. Es widerspricht jeder Logik, diese Schulen, welche sich um die Zukunft der schwächsten Kinder in vorbildlicher Weise kümmern, nun schließen zu wollen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



CDU LANDKREIS
DARMSTADT-DIEBURG

Trotz der guten Einnahmesituation:
„Ampel-Koalition kann mit Geld nicht umgehen – Rekordniveau bei Schulden! __ Seite 3

Schulentwicklungsplan 2018 – 2023:
Entwurf ist mutlos, unausgegrenzt und mit vielen ideologischen Phantasien behaftet __ Seite 4

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion:
Schwimmbadsterben im Landkreis Darmstadt-Dieburg aufhalten __ Seite 5

Fortsetzung von vorheriger Seite

Auch die Sanierung und der Ausbau unserer Schulen sind ins Stocken geraten. Planungen laufen nicht mehr weiter und Eltern sowie Schülerinnen und Schüler werden hingehalten. So wie z. B. in Schaafheim bei der Eichwaldschule. Seit zehn Jahren werden die Schaafheimer nun schon vertröstet. Nur durch den Druck einer örtlichen Bürgerinitiative und unseres Antrages im Kreistag hat Herr Fleischmann nun nachgegeben. Dieser Fall zeigt ganz klar, dass in Sachen Schulbau mittlerweile nur noch Flickschusterei statt planvolles Gestalten betrieben wird. Auch wird nun verstärkt der Einsatz der MobiSkul-Container (Holzmodulbauweise) als dauerhafte Schulgebäude angestrebt. Aus unserer Sicht haben auch die letzten noch zu sanierenden Schulen den Anspruch auf gleichwertige moderne und zeitgemäße Schulgebäude, wie die ersten Schulen im Jahr 2008. Aus Protest gegen das schleppende Schulbauprogramm und den Umstieg auf MobiSkul-Container als Dauerlösung haben wir zum ersten Mal seit über zehn Jahren dieses nun nicht mehr im

Kreistag mitgetragen. Dieser Kontrapunkt sollte den Schuldezernenten aufwecken.

An der Sozialdezernentin Rosemarie Lück und ihrer Politik gibt es nur wenig Kritik zu äußern. Denn wer nichts macht, macht in der Regel auch nichts verkehrt. Warum man sich hier eine politische Beamtin leistet, die keine Akzente setzt oder den Anspruch hat zu gestalten, bleibt das große Geheimnis dieser Koalition. Eine Verwaltungsbeamtin käme den Steuerzahler preiswerter und die Ergebnisse wären vielleicht sogar besser.

Ich bin froh, dass Dr. Werner Thomas nun die Aufgabe als sozialpolitischer Sprecher unserer Kreistagsfraktion übernommen hat und gute Akzente setzt. Ich freue mich, dass wir mit einer Initiative der Frauen Union zur Einführung einer sogenannten „Schutzambulanz“ bei den Kreiskliniken ein Zeichen in diesem Landkreis setzen.

In dem für unseren Landkreis so wichtigen Bereich der Verkehrspolitik herrscht Stillstand im Kreis. Während die SPD und FDP auf Landesebene gerne unsere Landesregierung kritisieren, dass nicht genug Mit-

tel für den Straßenbau zur Verfügung stehen (wobei das Land gerade so viel in den Straßenbau investiert wie noch nie), wird unser Antrag für mehr Geld für die Kreisstraßen mit Formalien abgelehnt.

Genauso innovationslos wie in der Sozialpolitik bearbeitet die Kreisspitze viele wichtige Zukunftsthemen, wie die Wirtschafts- und Tourismusförderung, die Weiterentwicklung des ÖPNV, die Alternativen zur Nord-Ost-Umgehung, Reformierung der SENIO oder die Digitalisierung der Kreisverwaltung. Das Einzige was die Ampel-Koalition perfekt kann, ist Geld ausgeben.

Abschließend darf ich mich bei allen Fraktions- und Kreisausschussmitgliedern bedanken. Ohne deren Einsatz und die Bereitschaft zur offenen, konstruktiven Diskussion wären wir bei weitem nicht so eine lebendige und mutige Opposition, wie wir es sind. Ich darf auch Sie bitten, uns weiterhin Ihre Anliegen und Wünsche an die Kreispolitik mitzuteilen.



Ihr Lutz Köhler

CDU-Antrag auf Erhöhung des Budgets zur Straßenunterhaltung auf eine Millionen Euro abgelehnt

Ampel-Koalition im Kreis verhindert bessere Straßen und Infrastruktur

In der jüngsten Kreistagssitzung hatte die CDU-Kreistagsfraktion einen Antrag gestellt, die Mittel für die Straßenunterhaltung der Kreisstraßen von knapp 400.000 Euro auf eine Millionen Euro jährlich anzuheben. Die Hintergründe des Antrages lagen auf der Hand. Zum einen ist der Bedarf gegeben, wie die Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre aufzeigen. AUTOR: HEIKO HANDSCHUH

Hier wurden z. B. zuletzt im Jahr 2016 etwas mehr als 900.000 Euro ausgegeben. Zum anderen spart, nach unserer Auffassung, jeder prophylaktisch in die Unterhaltung ausgegebene Euro ein Vielfaches an späteren Investitionsmitteln.

Leider haben die Koalitionäre aus SPD, Grünen und FDP den Antrag und dessen Zielrichtung trotz wiederholter Erklärungen in den Ausschüssen nicht verstanden. Zumindest war den Rednern dieser drei Parteien im Kreistag der Unterschied zwischen Straßenunterhaltung (kleinere Reparaturen im laufenden Betrieb) und Investitionen in den Straßenbau (grundhafte Sanierungen meist mit längeren Sperrungen) nicht bekannt. Immer wieder wurde auf eine jährliche Veranstaltung von HessenMobil (eine Landesbehörde, die im Auftrag des Landkreises sich um die Kreisstraßen kümmert) verwiesen, auf der das aktuelle Investitionsprogramm vorgestellt wird, wo noch nie der

Wunsch nach höheren finanziellen Mitteln seitens HessenMobil geäußert worden sei. Über die Straßenunterhaltung wurde aber auf dieser Veranstaltung nie gesprochen.

Vielmehr verhält es sich so, dass HessenMobil so lange Straßenunterhaltungsarbeiten vornimmt, bis das durch den Kreistag zur Verfügung gestellte Budget aufgebraucht ist. Treten danach noch kleinere Schäden auf, können diese nicht mehr behoben werden und bleiben über den Winter liegen, bis wieder neues Geld zur Verfügung gestellt wird. Jetzt weiß aber jeder aus eigener Lebenserfahrung, dass sich beispielsweise ein kleines Schlagloch selbst durch einen milden Winter deutlich in der Fläche und Tiefe vergrößert und dann höhere Reparaturkosten nach sich zieht, als ein kleines Loch, was zeitnah behoben werden kann.

Insgesamt könnten unsere Kreisstraßen samt deren Brückenbauwerken und beglei-

tenden Straßenbanketten deutlich mehr Pflege und Unterhalt für einen guten Zustand gebrauchen. Leider hat die – zum Teil in Unwissenheit – getroffene Entscheidung der Ampel-Koalition dies verhindert. Denn gute Straßen sind sichere Straßen und diese werden wir mit der derzeitigen politischen Mehrheit nicht mehr erreichen. In ihrer Macht und Arroganz lehnte die Ampel-Koalition sogar unseren Änderungsantrag ab, sich den Sachverhalt nochmals im Fachausschuss durch HessenMobil erklären zu lassen. Über die Frage, warum man keine zusätzlichen Informationen einholen lassen wollte, kann man nur spekulieren, aber am wahrscheinlichsten hätte man dann einem CDU-Antrag zustimmen müssen. Dies wollte man offensichtlich um jeden Preis verhindern. Das ist ausgesprochen schade, wenn Parteiinteressen über Sachentscheidungen stehen, weil dies nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieses Landkreises ist. ■

Trotz der guten Einnahmesituation des Landkreises steigt die Verschuldung auf ein Rekordniveau

„Ampel-Koalition kann mit Geld nicht umgehen!“

Die finanziellen Rahmenbedingungen des Landkreises sind so gut wie noch nie in seiner über 40-jährigen Geschichte. Die historisch niedrigen Zinsen, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung vor 28 Jahren, gesunde und sich gut entwickelnde Städte und Gemeinden sowie eine sich seit zehn Jahren stabil auf hohem Niveau entwickelnde Konjunktur verschaffen dem Landkreis Rekorderlöse von rund 522 Millionen Euro! AUTOR: HEIKO HANDSCHUH

Dies sind nochmals rund 27 Millionen Euro mehr als im bisherigen Rekordjahr 2017. Mit diesen Geldern, könnte man meinen, kann der Landkreis einen positiven Jahresabschluss vorlegen und tüchtig seine Schuldenlast verringern, um für Zeiten, in denen die Zinsen wieder steigen werden, handlungsfähig bleiben zu können.

Wer so denkt, hat leider weit gefehlt. Zwar schafft es der Landkreis mit einem geplanten Überschuss von rund 7,5 Millionen Euro das Jahr 2018 abzuschließen, doch findet keine außerordentliche Tilgung der Schulden statt. Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass der Landkreis nicht ordentlich und vor allem sparsam mit seinen Mitteln umgeht. Ein Beispiel ist die Personalpolitik: So wurde das Personal des Landkreises in sieben Jahren von rund 800 Mitarbeitern auf rund 1.200 Mitarbeitern im Jahr 2018 aufgestockt. Geht man von durchschnittlich 50.000 Euro aus, die eine Stelle den Arbeitgeber brutto kostet, bedeutet dies jedes Jahr 20 Millionen Euro zusätzlich an Personalkosten. Diese exzessive Personalpolitik erfolgt im Übrigen in völliger Missachtung eines Konsolidierungsbeschlusses des Kreistages, der besagt, dass der Personalbestand jährlich um zehn Stellen zu reduzieren sei.

Fast in gleichem Maße wie die Personalkosten, steigen bedauerlicherweise auch die Schulden des Landkreises. So hat der derzeitige Landrat Klaus Peter Schellhaas einen Schuldenstand von rund 150 Millionen Euro von seinem Vorgänger übernommen. Dieser wurde in den letzten acht Jahren zwischenzeitlich auf über sagenhafte 700 Millionen Euro angehäuft. Gemessen an der Summe der Einnahmen ist dies eine Verschuldungsquote von rund 136 %. Im Vergleich mit den europäischen Staaten liegen wir als Landkreis damit fast gleichauf mit Italien. Nur Griechenland

ist mit einer Verschuldungsquote von rund 171 % noch schlechter. Eine Tendenz zum Schuldenabbau ist leider nicht zu erkennen. Sollte sich der Schuldenaufbau in gleichem Maße fortsetzen, wie in den vergangenen Jahren auch, werden wir in fünf bis sechs Jahren die magische Grenze von einer Milliarde Euro knacken. Dies ist insbesondere vor dem Risiko steigender Zinsen ein ernsthaftes Problem für die folgenden Generationen, denn es kann sich jede und jeder ausrechnen, wie lange der Landkreis seine Schulden bezahlen muss, wenn er in besten Zeiten nur einen Überschuss von 7,5 Millionen Euro erwirtschaften kann. Wir reden dann nämlich von Zeiträumen, die sich weit über einhundert Jahre erstrecken. Hinzu kommt, dass sich steigende Zinsen deutlich auf die finanziellen Gestaltungsspielräume auswirken. Beim heutigen Schuldenstand bedeutet nur eine einprozentige Zinserhöhung eine Mehrbelastung von sieben Millionen Euro für den Haushalt pro Jahr. Sollten die Zinsen in den nächsten zehn Jahren um drei Prozent steigen und wir es nicht schaffen, den Schuldenberg vorher zu reduzieren, wären 21 Millionen Euro mehr an Zinsen fällig. Dass diese Entwicklung alles andere als gut ist, liegt also auf der Hand. Leider ist bei den derzeitigen politischen Verhältnissen im Landkreis keine Besserung in Sicht. ■

MEHR IST NICHT GLEICH MEHR!

Mehr Einnahmen denn je!

Aber auch:

Mehr Mitarbeiter denn je!

Mehr Schulden denn je!

Das bedeutet:

Die Ampel-Koalition im Landkreis Darmstadt-Dieburg kann mit Geld nicht umgehen!



Inklusionsideologie des Kreisschuldezernenten Fleischmann wird zulasten der Förderschulen durchgesetzt; keine Aussage zu „Campi“ in Dieburg und Weiterstadt

CDU-Kreistagsfraktion kritisiert Fortschreibung des Schulentwicklungsplans 2018 – 2023

Die CDU-Kreistagsfraktion kritisiert den nun endlich vorliegenden Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans 2018 – 2023 als mutlos, unausgegoren und mit vielen ideologischen Phantasien behaftet. AUTOR: SEBASTIAN SEHLBACH

Nachdem die jahrelangen Bemühungen für einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan (SEP) mit der Stadt Darmstadt erneut gescheitert sind, legte der Kreisschuldezernent Christel Fleischmann (Bündnis 90/Die Grünen) nach einer weiteren Verzögerung von über einem halben Jahr endlich den Fortschreibungsentwurf in der November-Kreistagsitzung vor. „Allerdings beschäftigen sich die ersten Seiten fast ausschließlich mit den Erfahrungen aus der Bildungsregion Darmstadt & Darmstadt-Dieburg. Für uns als CDU hat die Bildungsregion bis auf die gemeinsame Teilnahme am ‚Pakt für den Nachmittag‘ und der jährlichen Bildungskonferenz nur hohe Kosten produziert. Wir hätten uns hier mehr Inhalte und Gemeinsamkeiten mit dem Ziel der gemeinsamen Schulentwicklungspläne für die allgemein bildenden Schulen und auch die Berufsschulen gewünscht“, kritisiert der schulpolitische Sprecher Sebastian Sehlbach.

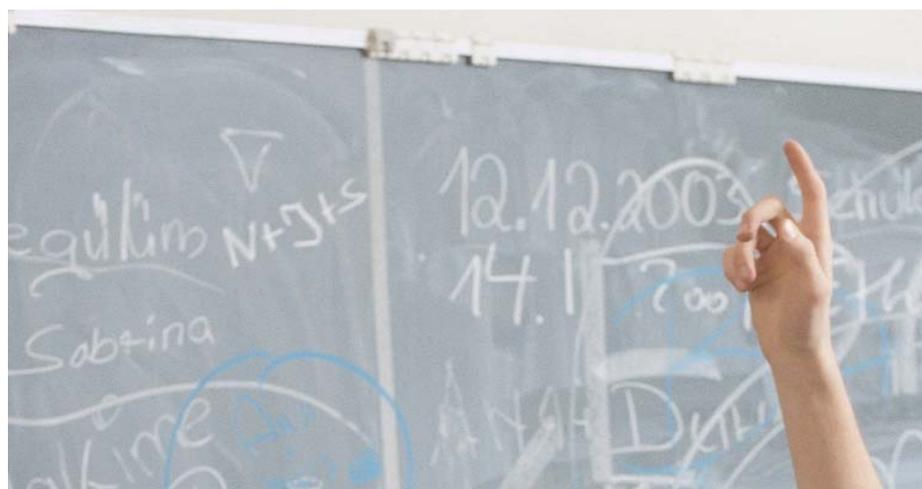
Die drei Schwerpunkte des SEP sind Ganztags, Inklusion und der demographische Wandel. Im Bereich Ganztags spricht sich der Kreistag für die gebundene rhythmisierte Ganztagsgrundschule (bis 14:30 Uhr) aus. Zudem sollen möglichst alle Grundschulen am ‚Pakt für den Nachmittag‘ teilnehmen. Der demographische Wandel – auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg – erfordert zum einen den Bau dreier neuer Grundschulen (Babenhausen, Griesheim und Weiterstadt), zum anderen aber auch den Erhalt kleiner Grundschulen (wie z. B. der Wiebelsbacher Schule mit jahrgangsübergreifenden Klassen) nach dem Konzept ‚Kurze Beine, kurze Wege‘. „Hinter diesen beiden Schwerpunkten stehen wir als CDU-Schulpolitiker und unterstützen den Landkreis bei deren Umsetzung“, erläutert die junge Kreistagsabgeordnete Ann-Katrin Brockmann. „Allerdings lehnen wir die Schließung von Förderschulen ab. Zur Wahlfreiheit der Eltern und Kinder gehört neben der inklusiven Beschulung an einer Regelschule auch die Möglichkeit der bewussten Wahl einer Förderschule als Lernort.“ Deshalb setzen sich die Christdemokraten sowohl für den

Erhalt der Dahrsberschule in Seeheim-Jugenheim, als auch der Anna-Freud-Schule in Weiterstadt ein, die der Kreisschuldezernent schließen lassen möchte. „Unsere Position lautet: Inklusion erfolgreich gestalten – Förderschulen erhalten! Es freut mich sehr, dass wir zu dieser Thematik mit den betroffenen Eltern und dem Staatssekretär im Kultusministerium Dr. Manuel Lösel intensiv diskutieren konnten“, berichtet der Fraktionsvorsitzende Lutz Köhler von der Veranstaltung am Dienstag in Seeheim-Jugenheim. „Auch das Land Hessen muss im Bereich der Lehrerversorgung deutlich nachsteuern, wenn die Inklusion an Regelschulen dauerhaft umgesetzt werden soll.“

„Verwundert sind wir auch, dass gerade zu den großen Projekten in Dieburg (‚Campusplanung‘, geplante Schulrochade Alfred-Delp-Schule und Goetheschule) keine Aussagen im SEP getroffen werden. Auch die Masterplanung für den ‚Campus‘ in Weiterstadt wird nur in Aussicht gestellt. Hier haben wir uns endlich einmal belastbare Aussagen gewünscht und werden wieder verärgert“, ärgert sich Sehlbach. „Gerade in Dieburg muss zeitnah etwas geschehen, auch um die chaotische Parkplatzsituation zu lösen. Trotzdem sind wir bei einem Bau eines Parkhauses – gerade wegen der immensen Kosten für die Allgemeinheit durch die Abrechnung über die Schulumlage –

sehr skeptisch.“ Der Schularbeitskreis der Kreistagsfraktion ist ständig mit den Schulen vor Ort im Gespräch. Daher wurden in den letzten Monaten bzw. werden in den nächsten Wochen bis zur Beschlussfassung des SEP am 23. April 2018 im Kreistag die Eichwaldschule in Schaaheim, die Wiebelsbacher Grundschule, die Anna-Freud-Schule in Weiterstadt, die Dahrsbergerschule in Seeheim-Jugenheim und die Alfred-Delp-Schule in Dieburg besucht. „Gerade die Eichwaldschule hat es die letzten Jahre sehr hart getroffen. Zunächst wurde die Sanierung über zehn Jahre verschoben, dann kam noch der Schimmelbefall hinzu und die Schule hatte Befürchtungen, dass weitere Schülerinnen und Schüler abwandern könnten. Auch deshalb setzen wir uns für ein verlässliches Angebot von der ersten bis zur zehnten Klasse an der Eichwaldschule ein“, ergänzt Brockmann.

Der unzureichende Entwurf des Schulentwicklungsplans passt zur aktuellen Arbeit des Kreisschuldezernenten Fleischmann. „Das Schulbauprogramm dauert immer länger (mindestens bis 2021) und wird deutlich teurer (über 500 Millionen Euro). Von seinen Visionen zu den Schulgroßküchen hört man auch nichts mehr, ein richtiges Konzept zur Zukunft des Schulschwimmens will er nicht vorlegen und Eltern und Schüler, die sich bei ihm beschweren wollen (z. B. Eichwaldschule oder Anna-Freud-Schule), bügelt er einfach ab. So stellen wir uns die Arbeit eines hauptamtlichen Kreispolitikers nicht vor und sehnen dem Ende seiner Amtszeit entgegen“, kritisieren Köhler und Sehlbach abschließend. ■



Ampel-Koalition hält Sonntagsreden, handelt aber nicht

CDU stellt sich gegen das Schwimmbadsterben im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Die CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg bringt in die Kreistags-sitzung am 23. April 2018 einen weiteren Antrag ein, um das Schwimmbadsterben im Landkreis Darmstadt-Dieburg aufzuhalten. „Gerade als Schulträger und mit dem Anspruch ‚Jedes Kind soll schwimmen lernen‘ ist es auch unsere Aufgabe, dezentrale Schwimmangebote aufrecht zu erhalten und zu fördern“, erläutert der schulpolitische Sprecher Sebastian Sehlbach. AUTOR: SEBASTIAN SEHLBACH

Momentan drohe durch die Schließung des Trainingsbades in Dieburg im nächsten Jahr das Aus für den Schwimmunterricht an 22 Schulen in diesem Bereich. In Pfungstadt gibt es seit Jahren Diskussionen um den Bau eines neuen Schwimmbades und in Münster steht eine monatelange Sanierung mit vorübergehender Schließung an.

Daher haben die Christdemokraten bereits im Dezember 2016 einen Antrag für ein ‚Schulschwimmentwicklungskonzept für den Landkreis Darmstadt-Dieburg‘ gestellt. Ziel war es auch, die Fahrtzeiten zu den Schwimmbädern von den Schulen auf maximal 15 Minuten zu begrenzen. „Leider wurde dieser Antrag von der Koalition

aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP abgelehnt und stattdessen ein abgemilderter und verwässerter Änderungsantrag beschlossen“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende Lutz Köhler. Allerdings ergibt sich aus diesem Beschluss die Möglichkeit, dass über die Sportförderung des Landkreises auch Investitionszuschüsse zum Bau von Frei-, Hallen-, Schul- oder Trainingsbädern gewährt werden können. „Nur hat die Ampel-Koalition seitdem weder die Förderrichtlinien angepasst, noch die maximale Fördersumme von 50.000 Euro erhöht. Deshalb haben wir nun beantragt, die Fördersumme auf 10 % der zuwendungsfähigen Kosten, höchstens jedoch 500.000 Euro zu erhöhen“, so Köhler weiter. „Ich hoffe, dass die Mehrheit

des Kreistages unserem Antrag zustimmt, damit die Verantwortlichen in Pfungstadt, Dieburg und anderen Kommunen mit verbindlichen Zuschusszahlen planen können, denn gerade in Dieburg herrscht immenser Zeitdruck.“

Der Bau und die Unterhaltung von Schwimmbädern sind freiwillige Leistungen der Kommunen. Deshalb können die CDU-Kreispolitiker die Städte und Gemeinden verstehen, wenn sie sich diese immensen Kosten nicht alleine aufbürden wollen. „Gerade das Dieburger Modell mit einem Verein als Betreiber des Bades und der Idee der Pfungstädter CDU für einen Neubau auch einen Trägerverein zu gründen, sind Modelle, die wir als Landkreis unterstützen sollten. Es kann nicht sein, dass wir über eine halbe Milliarde Euro in die Sanierung unserer Schulen stecken, mehr als einhundert Millionen Euro für die Sporthallen aufwenden und dann kein Geld für die Schwimmbäder übrig bleibt. Auch wenn dies keine Pflichtaufgabe des Landkreises ist, darf er sich nicht einfach wegducken“, so Sehlbach und Köhler abschließend. ■

Ihre Kreistagsabgeordneten vor Ort

Babenhäuser

Heidrun Koch-Vollbracht
Anna-Elena Resch
Reinhard Rupprecht

Dieburg

Boris Freund
Dr. Werner Thomas

Eppertshäuser

Ann-Katrin Brockmann
Bürgermeister Carsten Helfmann

Fischbachtal

Gabriele Pauker-Buß

Griesheim

Brigitte Zachertz

Groß-Umstadt

Heiko Handschuh

Groß-Zimmern

Manfred Pentz, MdL

Modautal

Marita Keil

Mühlthal

Dr. Astrid Mannes, MdB

Otzberg

Thomas Schaumberg

Pfungstadt

Maximilian Schimmel

Reinheim

Corinna Philippe-Küppers

Schaafheim

Siegfried Sudra

Weiterstadt

Lutz Köhler
Sebastian Sehlbach

Kreisausschuss

Modautal

Jessika Tips

Otzberg

Frank Klock

Seeheim-Jugenheim

Marco Hesser



CDU-Kreistagsfraktion fordert Landrat Schellhaas auf, eine Schutzambulanz für den Landkreis Darmstadt-Dieburg einzurichten.

Versorgungslücke im Gesundheitsschutz schließen

Die Notaufnahmen von Krankenhäusern werden immer wieder mit der Tatsache konfrontiert, dass sie Menschen helfen müssen, die Opfer von interpersoneller Gewalt auch im häuslichen Bereich geworden sind. Natürlich ist es zunächst einmal die Aufgabe des medizinischen Personals, hier auch medizinische Hilfe zu leisten. Daneben ist aber auch eine psychosoziale Ersthilfe sehr wichtig. AUTOR: DR. WERNER THOMAS

So geht es zum Beispiel neben der Vermittlung von Kontakten zu passenden Institutionen wie Opferschutzorganisationen, Beratungsstellen und Gesundheitseinrichtungen auch darum, eine gerichtsverwertbare Dokumentation der Verletzungen zu erstellen, die im Falle einer Anzeige oder von Ermittlungen auf Anforderung der Polizei oder der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt werden kann.

Hierzu ist geschultes Personal erforderlich, das in der Lage ist, Verletzungen, Verletzungsfolgen sowie Beweisstücke und Spuren gerichtsverwertbar zu dokumentieren. In verschiedenen Landkreisen Hessens, so in den Landkreisen Fulda, Hersfeld-Rotenburg und Vogelsberg, gibt es bereits Schutzambulanzen als Angebote zur

Verbesserung der Situation von Gewaltopfern. Dabei spielen weder das Geschlecht, noch die Religion oder die Nationalität der Schutzsuchenden eine Rolle. Diese Einrichtungen sind dort auch eine Anlaufstelle bei Gewalt in der Pflege.

In der GeNoaH-Studie (Gewalt in Notaufnahmen Hessen) der Hochschule Fulda, an der auch die Notaufnahme des Klinikums Darmstadt teilgenommen hatte, wurden allein in Darmstadt in der Zeit zwischen dem 28. Februar 2011 und dem 27. März 2011 bei 210 von 1.882 Patienten Gewaltopfer erkannt. 4,3 % benötigten eine akute Behandlung und 9 % eine Therapie über einen längeren Zeitraum (12 Monate).

Eine solche Schutzambulanz sollte nach Auffassung der CDU-Kreispolitiker im Kreis-

tag auch an die Notaufnahme der Kreisklinik Groß-Umstadt gekoppelt werden. Hier ist es allerdings wichtig, Ärzte und Pflegekräfte durch geeignete Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für forensische Diagnostik („Forensic Nursing“) zu schulen, damit entsprechende Fälle auch erkannt werden, wenn sie von den Betroffenen nicht unmittelbar angezeigt werden, damit diesen auch mit einer angemessenen Beratung geholfen werden kann. Natürlich darf dabei nichts gegen den Willen der Opfer geschehen.

„Die Schutzambulanz trägt aber so in ihrer Organisationsform in gewisser Weise zur Schließung einer Versorgungslücke im Gesundheitsschutz bei. Sie unterstützt die Opfer interpersoneller Gewalt dabei, strafrechtliche, zivilrechtliche oder sozialrechtliche Schritte einzuleiten – wenn sie dies möchten“, wie es der Oberbürgermeister der Stadt Fulda Dr. Heiko Wingenfeld formuliert.

Die Christdemokraten werden in der kommenden Kreistagssitzung den Landrat durch einen Antrag auffordern, die Einrichtung einer Schutzambulanz in der Notaufnahme des Kreiskrankenhauses in Groß-Umstadt zu prüfen. Der Antrag beinhaltet auch die Frage, welche Voraussetzungen für die Einrichtung einer Schutzambulanz an der Kreisklinik gegeben sein müssen. Weiterhin wird er aufgefordert, auch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt über die gemeinsame Einrichtung einer Schutzambulanz in Darmstadt zu beraten, sodass sowohl die Bürgerinnen und Bürger im Westkreis als auch im Ostkreis eine solche Einrichtung in erreichbarer Nähe aufsuchen können.

Dem Kreistag ist im Anschluss an die Sommerpause über den Sachstand der Prüfung und der Beratungen mit dem Oberbürgermeister zu berichten. ■



Kontakt

CDU Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg

Heiko Handschuh,
Fraktionsgeschäftsführer
Jägertorstraße 207
64829 Darmstadt

Telefon: (06151) 881 1373
Telefax: (06151) 881 1374

E-Mail: heiko.handschuh
@cdu-kreistag.net

Web: www.cdu-kreistag.net